



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Bedenken über die künftige Gestaltung der Dinge in Pommern. Man war der Ansicht, Brandenburg werde nicht das ganze Herzogthum zu sichern vermögen; wenigstens erschien es den Herren als erforderlich, daß der Krone Dänemark die Zustimmung zu günstigem Arrangement durch Ueberlassung der Stadt und des Hafens Wismar werde abgekauft werden müssen. „Ich weiß nicht“ — schreibt Buch mit gutem Instincte — „ob der Wechsel wirklich so vortheilhaft für Deutschland wäre.“

Am 23. Juli war er wieder im Hauptquartier des Kurfürsten zu Schwaan in Mecklenburg. Gleichzeitig mit ihm kamen gute Zeitungen vom Kriegsschauplatz am Oberrhein. Montecuculi, an dem sich der Kurfürst vor etlichen Jahren schwer geärgert, da er in allen Stücken und mit noch größerer Routine und Perfidie den Vorgänger Bournonvilles gespielt hatte, war glücklich gegen die Franzosen gewesen, indem er am 18. (27.) Juli die Schlacht bei Saffbach gewann, die dem Marschall Lünecke das Leben kostete. Es zeigte sich daran, wie viel schon früher zu erreichen gewesen wäre, wenn die Intrigue nicht gespielt hätte.

Aus Schleswig-Holstein.

2. December.

Der Krieg war zu Ende, da plötzlich schien es in diesen Tagen, als sollte er von Neuem losbrechen, und zwar in Gestalt des Bürgerkriegs. Geraume Zeit schon glaubten Manche die Anzeichen davon zu sehen. Allerlei drohende Gerüchte tauchten auf. Je näher der Friede dem Abschluß rückte, desto rascher entwickelten sich die Dinge, wie man meinen konnte, zur Krisis. Mit dem dritten Paragraphen desselben kündigte sie sich deutlicher an, mit dem von Berlin ergangnen Befehl zur Sistirung des Rückmarsches der preußischen Regimenter aus Schleswig-Holstein und der Aufforderung an Sachsen und Hannover, ihre Mannschaften aus den Herzogthümern heimzurufen, da der Zweck der Execution erreicht sei, schien sie eingetreten. Jene Sistirungsordre war eine unverblümete Drohung mit Gewaltmaßregeln für den Fall, daß man der Aufforderung nicht Folge gab. An den Mittelstaaten Sachsen und Hannover sollte jetzt heimgesucht werden, was der gleichstrebende Mittelstaat Bayern im Bunde mit Oestreich einst in Kurhessen gegen Preußen gewagt.

Wäre nur dies die Absicht in Berlin, so würden sich hier zu Lande schwerlich Viele finden, die darüber besonders lebhaftes Bekümmerniß fühlten. Ihr Correspondent jedenfalls sieht sich dazu nicht veranlaßt. Oestreich, so sagte er sich, unbeirrt durch den Alarmschrei eines Theils der Presse, deren Befürchtungen durch die heutigen Nachrichten widerlegt sind, gleich zu Anfang, Oestreich ist heute nicht das Oestreich von 1850, es bedarf des guten Willens wenigstens einer Großmacht, es kann ohne ein verhängnißvolles Opfer in Italien die Allianz mit Frankreich nicht haben, es muß mit Preußen rechnen, wie schwer es ihm auch werde, es wird sich, von der Unzuverlässigkeit der Mittelstaaten überzeugt, gleichwohl aber abgeneigt, sie sich durch ein Handeln wie Preußen für die Zukunft völlig zu entfremden, passiv verhalten oder vermitteln und ohne Oestreich werden die Herren in Dresden und in der Welfenburg nach einigem Sträuben nachgeben. Höchstens werden sie die Deckung ihres Rückzuges durch eine nicht viel bedeutende Formel in Frankfurt versuchen. Es wird ganz bestimmt nicht zum Bürgerkriege kommen, und das ist das Wichtigste.

Wir in Schleswig-Holstein haben ein gutes Gedächtniß, und um daraus nur eins anzuführen: erinnert man sich, was sich gleich im Anfang des Streites begab und nicht begab? Als im December v. J. die Dänen Holstein geräumt hatten, erließ unser Herzog eine Proclamation, in welcher er vollkommen der Sachlage gemäß erklärte, „die Bundesexecution sei nunmehr gegenstandslos geworden.“ Handelte der Bund darnach? Sprach er die Anerkennung des Herzogs aus? Gestattete er die Einberufung der Stände des Landes? Nichts von alledem, obwohl die Stimme des Volkes sich laut genug vernehmen ließ. Seitdem haben sich die Verhältnisse der Herzogthümer erfreulicher gestaltet, aber nur durch die Waffenthaten und die entschlossene Politik Preußens und des von diesem über seine anfänglichen Ziele hinausgezogenen Oestreich. Der Bund hat so gut wie nichts dazu beigetragen. Ist es bei so bewandten Umständen etwa unbegreiflich, wenn die Bevölkerung Schleswig-Holsteins es in der Ordnung findet, daß dem Bundestage jetzt deutlich gemacht wird, die Execution sei in der That gegenstandslos, und die Commissäre sowie die Executionstruppen haben nichts mehr in Holstein zu suchen? Oder sollen wir bejammern, wenn die Mittelstaaten, welche damals, als die schwache Stimme des Machtlosen sprach, kein Ohr für das Recht unsres Landes und unsres Fürsten hatten, jetzt auf ihr Bundesrecht oder gar auf die Lücken des Bundesrechts recurriren wollen und dabei dem Veto der starken Stimme dessen begegnen, gegen den sie machtlos sind? Sollen wir uns entrüsten, wenn sie, die mit wenig Macht und noch weniger Entschlossenheit die Ausschlaggebenden spielen möchten, endlich einmal gründlich belehrt werden, daß die Welt dem Starken und Muthigen gehört?

Die Frage, die jetzt vor uns steht ist: Geht die jüngste Action Preußens gegen den Bund, der auch die von unsrem Herzog factisch angebotenen Zu-

geständnisse an Preußen nicht will, oder geht sie gegen den Herzog, weil dem preussischen Minister diese Zugeständnisse nicht genügen?

Die Meinungen über diese Fragen sind hier zu Lande getheilt, und wir haben keine Ursache, diejenigen unbedingt zu tadeln, welche sich in Betreff der Wünsche des Herrn von Bismarck und seiner Partei schlimmen Befürchtungen überlassen. Denn gar manches Zeichen ließ sich in den letzten Monaten bemerken, welches ernste Bedenken erweckte, und mögen diese Zeichen theilweise irthümlich gedeutet worden sein, so genügte schon der zweifellos feststehende Umstand, daß der preussische Premier wenig oder nichts von moralischen Eroberungen hält, verbunden mit einer Politik, die zwar gelegentlich durchblicken ließ, was sie nicht will, niemals aber, was sie eigentlich und endgiltig will, Verdacht zu erwecken und selbst sonst Gleichgiltiges in ein unheimliches Licht zu rücken.

Die Extreme in den Ansichten über die bismarcksche Politik in Betreff unsrer Angelegenheit betrachten wir als auf Unverstand beruhend nicht. Innerhalb des Kreises der Verständigen aber stehen sich die Meinungen ungefähr folgendermaßen gegenüber. Die von den berliner Annexionsgelüsten Ueberzeugten sagen: Kann die fortgesetzte Verschleppung der Entscheidung etwas Anderes bedeuten, die stete Anfeindung, Verdächtigung und Verhöhnung des Herzogs Friedrich in den officiösen Blättern Preußens etwas Anderes ahnen lassen, als daß man die Annexion vorbereitet? Verschiedene Manöver dienten dazu, Zeit zu gewinnen, bis der Plan gereift war und die rechte Constellation zur Ausführung sich zeigte. Man schob, einzig um das klare Recht der Augustenburger in der öffentlichen Meinung zu verwirren, die angeblichen Ansprüche des Oldenburger in Scene, ohne von vornherein auch nur einen Augenblick an dem Erfolg des von seiner Umgebung und der eignen Neigung nach einem höhern Thron getäuschten Fürsten zu glauben. Man erfand, obwohl alle irgend namhaften und anständigen Rechtslehrer der letzten zwanzig Jahre ihr Urtheil zu Gunsten des Hauses Augustenburg abgegeben hatten, ein Juristencollegium, welches über die Ansprüche der beiden „Prätendenten“ entscheiden sollte, zunächst weil dadurch die Sache aufs Neue hinausgeschoben und der Entschliessung des zur Anerkennung des Herzogs Friedrich hinneigenden Bundestags entrückt wurde, dann weil man hoffen konnte, dasselbe werde, nach Preußens Wunsch zusammengesetzt, keinen der beiden Fürsten das ganze Streitobject zusprechen, und weil man damit den König Wilhelm vielleicht in seiner Rechtsüberzeugung ebenso erschüttern zu können meinte, wie Pernice der Aeltere in Diensten Manteuffels dem Bruder und Vorgänger die gegen sein Gewissen streitende Einwilligung zum londoner Protokoll plausibel machen mußte. Dann folgte, mit Gründen vertheidigt, die den Dänen abgeborgt waren, die Theorie, daß Preußen und Oestreich durch den Frieden vom 30. October Rechtsnachfolger des Königs

Christian des Neunten geworden sein und ein Besitzrecht auf die Herzogthümer erworben haben sollten, und zu gleicher Zeit kam an die Schleswig-Holsteiner der, wie es scheint, den oldenburger Präbagenten abgelernte, jedenfalls auch in den Bereich der „Reichsthalerlogik“ fallende Wink, die Kriegskosten würden preussischerseits nach dem guten Willen bemessen werden, welche man diesseits den Wünschen Preußens entgegenträge. Zuletzt tischte man uns gar ein Märchen von uralten Successionsansprüchen des Hauses Hohenzollern auf*), wohl schwerlich, um diese geltend zu machen, sicher aber, um wenigstens die Verwirrung zu steigern. Nebenher gingen, auch als Herzog Friedrich schon seine Bereitwilligkeit, auf die nöthigen Concessionen einzugehen, mit aller Deutlichkeit erklärt hatte, in gewissen von „werdenden Menschen“ redigirten Blättern stark officiösen Geruchs die unsauberen Verdächtigungen des Herzogs in anmuthiger Abwechslung mit Verläumdungen der öffentlichen Meinung in Schleswig-Holstein. Soll man nach alledem nicht glauben, daß, wenn jetzt in den Bundestruppen die Wächter des vom Bunde so gut wie anerkannten, selbst von den Großmächten auf der londoner Conferenz als wohlbegründet bezeichneten Rechts aus dem Lande gedrängt sind, das Provisorium, das dann eintreten wird, die Annexion bedeutet?

Dem entgegen sagt die vertrauende Partei: Allerdings läßt sich in den Wegen der berliner Politik manches verdächtig an, und es ist wahrscheinlich, daß Herr von Bismarck vielleicht in den letzten Tagen noch an ein Festhalten des den Dänen abgenommenen Landes für Preußen gedacht und sich nach günstiger Constellation umgesehen hat. Indes braucht nicht alles Verschleppung zu sein, was so scheint. Das Eingehen auf die oldenburgische Candidatur, jetzt längst aufgegeben, kann wirklich nur ein Act der Artigkeit gegen einen deutschen Fürsten und dessen russischen Gönner gewesen sein, auf keinen Fall lag es im Interesse Preußens, einem halben Vasallen Rußlands zum Besitz der schleswig-holsteinischen Häfen zu verhelfen. Das Juristencollegium kann nur erfunden sein, um dem Bunde die Entscheidung aus der Hand zu nehmen.

*) Wir meinen die zuerst von der Hamb. B. S. aus verdienter Vergessenheit hervorgezogenen und colportirten staatsrechtlichen Fäseleien des Professors Helwing, nach welchen das Haus Hohenzollern actuelle Erbanprüche auf einen Theil Schleswig-Holsteins und eventuelle auf den Rest besitzen sollte. Das betreffende Buch, 1846 erschienen und, da die Wissenschaft es als einer Kritik nicht werth todtzuschwieg, klanglos den Weg aller Maculatur gegangen, gründete seine Beweisführung auf fünf Urkunden, deren Consequenzen aber durch die Revolution von 1523 hinwegfallen, in welcher Christian der Zweite, einige dreißig Jahre vor seinem Tode, entthront und Friedrich der Erste, der Stammvater der ältern und jüngern königlichen und der glücksburger Linie zum König eingesetzt wurde. Von den vermeintlichen Ansprüchen der Hohenzollern bleibt nichts übrig als die Anwartschaft auf den gottorfer Antheil, welcher indes erst nach Aussterben des gesammten oldenburgischen Hauses an Preußen fallen würde.

Die Theorie von einem Besitzrecht der verbündeten deutschen Großmächte auf Schleswig-Holstein entbehrt jedes Fundaments und steht überdies in Widerspruch mit den Erklärungen derselben kurz vor Abbruch der londoner Verhandlungen, aber sie scheint ebenfalls nur geschaffen, um den Bund von der definitiven Ordnung des Streites auszuschließen. Der Wink über Ermäßigung der Kriegskosten mag nur auf Concessionen von Seiten der particularistischen Partei im Volke gehen. Das Märchen von den preussischen Successionsansprüchen auf die Herzogthümer ist eben ein Märchen. Das Geschwätz der Gesellschaft, welche in Berlin die Officiösen spielt, ist sehr widerlich; es ist indeß wohl nicht zu verlangen, daß der preussische Premier Zeit finde, das ungewaschene Zeug jeden Tag selbst nachzulesen, geschähe es wirklich, so würden wir uns dies nicht mit seiner Klugheit zusammenreimen können; denn daß derartige Unwürdigkeiten ihm und Preußen nur schaden, bei uns selbst die stark für die preussische Hegemonie Gestimmten erbittern müssen, liegt auf der Hand.

Wie sich das alles aber auch verhalte, — so fahren die Vertrauenden in ihrem Raisonnement fort, — kann überhaupt Herr von Bismarck die Constellation, unter der sich annectiren ließe, jetzt für eingetreten halten, ja kann er glauben, daß er jemals in die Lage kommen wird, sie für eingetreten zu halten? Mit dem Wollen ist nicht allein gethan, auch das Können gehört zum Vollbringen. Unmöglich, mindestens sehr schwer wird sich der König Wilhelm von einem Recht Preußens, sich die Herzogthümer anzueignen, überzeugen lassen, und ohne den Glauben, dies Recht zu haben, willigt er sicher nicht in den angeblichen bismarckschen Plan. Mehr als eine Aeußerung des Königs aus den letzten Wochen, die im Lande von Mund zu Mund geht, ließe sich als Beweis anführen, daß derselbe in unsrer Sache den ursprünglich von ihm eingenommenen, dem Anspruch Herzog Friedrichs günstigen Standpunkt noch heute bewahrt. Der Widerspruch der Mittelstaaten gegen eine Annexion der Herzogthümer würde dieselbe nicht hindern, wenn sie allein stünden; denn er würde sich nicht zum Widerstand steigern, schon weil sie niemals unter einander einig sein werden; vor wichtigen Mienen und großen Worten aber hat Preußen sich nicht zu scheuen, auch wenn ein Gegner wie Herr von der Pfordten damit auf die Bühne tritt. Wohl aber sind die Mittelstaaten von Bedeutung, wenn sie sich als Vasallen um Oestreich gruppiren, und Oestreich hat zwar bisher die Allianz Preußens dem Zusammengehen mit ihnen vorgezogen, es wird, ungerne zwar, doch nothgedrungen, in Verträge willigen, die Preußen gewisse Vortheile in den Herzogthümern verschaffen, zu einer Einverleibung der letzteren aber wird es, wenn jemals, so doch unter solchen Bedingungen seine Zustimmung ertheilen, die kein preussischer Minister erfüllen kann. Oestreichs Einwilligung in einen schreienden Rechtsbruch, eine Verletzung des Legimitätsprincips in Schleswig-Holstein, etwa gegen Abtretung Schlesiens zu erkaufen

wäre eine undenkbare Entwürdigung, und vor dem andern noch möglichen Aequivalent, einer directen Garantie Venetiens, sind wir wohl eben so sicher. Es bliebe somit, da Preußen, um zu annectiren, des Bündnisses wenigstens einer Großmacht bedarf, nur die Allianz mit Frankreich übrig, aber wir meinen, daß Herr von Bismarck, trotz des Gemunkels der Presse, sich zweimal besinnen wird, diesen verhängnißvollen Schritt zu thun.

Die Allianz mit Frankreich ist die Allianz mit dem Kaiser Napoleon, von dem mehr als von irgendeinem Fürsten der Gegenwart gesagt werden kann: „Der Staat bin ich.“ Der Kaiser Napoleon ist sterblich, und mit ihm stirbt die Allianz oder doch für einige Zeit die Macht Frankreichs und damit der Werth der Allianz. Der Kaiser ist in der Mitte der Fünfziger und nicht von fester Gesundheit. Man wirft keine Orsinibomben mehr, aber wer steht dafür, daß die nächste Zeit sich wieder dazu aufgelegt fühlt, und daß eine davon trifft? Und was wäre die Folge? Die Dynastie in Paris ist bis jetzt noch ebenso wenig festgegründet, wie ihre Schöpfung, das Königreich Italien. Der Tod des Kaisers würde aller Wahrscheinlichkeit nach binnen kurzem das Ende des jetzigen Regiments in Frankreich und auf einige Zeit wenigstens allgemeine Verwirrung, provisorische Zustände und eine Lahmlegung der Kraft der französischen Nation zur Folge haben. Ohne Frankreich aber ist Italien noch vielleicht mehre Jahrzehnte, mindestens noch eine geraume Zeit eine leichte Beute Oestreichs. Nehmen wir an, heute stirbt der Kaiser Napoleou, so müßte es mit wunderbaren Dingen zugehen, wenn sich in Wien nicht morgen schon ein passender Vorwand fände, Italien mit Krieg zu überziehen, und wenn die neue Monarchie nicht binnen acht Wochen über den Haufen geworfen wäre. Oestreich richtete sich dann auf, die Mittelstaaten sammelten sich um den Hegemon in Wien, unterstützt von dem nationalen Gefühle, das durch das Bündniß Preußens mit dem „Erbfeind“ mit vollem Recht verletzt wäre, das isolirte Preußen hätte den Kampf mit dem ganzen übrigen Deutschland aufzunehmen oder einen zweiten sauern Gang nach Olmütz zu thun, von dem es sicher weniger als vom ersten heimbringen, von dem es sich vermuthlich nicht so rasch erholen würde, als von jenem.

Man schließt, wenn man in Preußens Lage ist, keine Allianzen mit Mächten, die auf dem Offenbleiben von zwei Augen beruhen. Wirft man uns ein, daß Napoleon noch lange regieren kann, so sagen wir in Betreff der Verbindung Preußens mit ihm: um so schlimmer. Wird er für die Einwilligung und Unterstützung zu einer Einverleibung der werthvollen Herzogthümer in den Hohenzollernstaat nicht ebenfalls direct ein Aequivalent verlangen? Unzweifelhaft. Sehr wahrscheinlich zwar nicht ein Dorf und nicht einen Acker deutschen Gebiets; denn er kennt das deutsche Volk, er ist ein maßvoller Charakter, er weiß, daß solch ein Verlangen für ihn der Anfang des Endes sein könnte,

Aber wie, wenn er, was nahe liegt, an die französische Schweiz dächte und für deren Annexion die Unterschrift Preußens beanspruchte und erhielte? Und wie, wenn Preußen, hiermit auf die Bahn französischer Gelüste gezogen und dem Haß der Verletzten und der Furcht der Bedrohten preisgegeben, später ein anderes naheliegenderes Begehren Napoleons, den Wunsch nach Belgien, dem Schutzbefohlenen Englands, zu unterstützen aufgefordert würde und auch darauf einzugehen gezwungen wäre? Die Coalition gegen solches Gebahren würde nicht lange auf sich warten lassen, und es ist mindestens sehr zweifelhaft, ob Preußen dann das Feld behalten würde.

Die einzige Allianz, die Preußen nützt, ist die mit dem deutschen Volke, und die sichert es sich durch ein gerechtes verfassungsmäßiges Regiment im Innern und durch Eintreten für gefährdete oder verletzte deutsche Interessen nach Außen hin wie für die Rechte der Völker in den einzelnen Bundesstaaten. Der Feldjäger in Kassel, der Befreiungskrieg in Schleswig-Holstein waren Aeußerungen dieser Art. Auch das Beiseitedrängen des Bundes, der gegenwärtig factisch nicht viel mehr als ein Bund der Mittelstaaten ist, nützt, wenn es mit Gelindigkeit geschieht, es erbittert wohl den blinden Particularismus, aber es belehrt auch, daß gegen gewisse berechnete Ansprüche der deutschen Großmacht von Seiten dieses Particularismus nicht mehr anzukommen ist. Es bereitet die Gemüther für ein positives Handeln, für die Erringung der preussischen Hegemonie vor. Namentlich der süddeutsche Idealismus wird so allmählig zum Nachdenken über seine Phantasien gebracht werden und schließlich begreifen, daß der preussische Staat eine Realität ist, die sich durch Resolutionen von Volksversammlungen nicht wegdecretiren läßt, gleichviel ob diese Volksversammlungen bloß aus den ehrenwerthen Gevattern von Hinterbopfinger bestehen oder die Weisheit der Professoren von Erlangen oder München vertreten. Nicht die Annexion der Herzogthümer ist von Preußen im Interesse Deutschlands, dessen Band es bildet, zu erstreben. Jene Realität würde dann nicht als das, was sie ist, als eine wohlthätige, sondern als eine verhasste empfunden werden. Dagegen war niemals seit Langem ein Zeitpunkt günstiger, die Führerschaft Deutschlands durch Preußen zu einer feststehenden Thatsache wenigstens für einen Theil der betreffenden Staaten zu gestalten. Nicht die preussische Monarchie um einen Zipfel Landes und eine Million Menschen zu vergrößern ist die Aufgabe; denn diese Vergrößerung würde durch Verminderung der Achtung vor Preußen und des Glaubens an seine Mission für Deutschland mehr als aufgehoben werden. Es handelt sich vielmehr darum, zunächst an einem einzelnen Fall den überzeugenden Beweis zu führen, daß der Wille der norddeutschen Großmacht mehr bedeutet, als der Wille aller Mittelstaaten zusammen, es handelt sich um die nothwendige Beschränkung der Souveränität derjenigen Fürsten, die in den Tagen der tiefsten Erniedrigung unseres Volkes

aus deutschen Fürsten europäische Herrscher wurden. Nur Preußen kann die Unterwerfung dieser Schöpfungen einer traurigen Zeit unter eine höhere Ordnung erzwingen, aber auch das starke Preußen nur dann, wenn es, um mit den Theologen zu reden, den Krebs der Gerechtigkeit trägt, der mit dem Rückwärtsgehn nichts gemein hat, wenn es nicht mehr fordert, als es im Interesse dieser seiner nationalen Aufgabe zu fordern berechtigt ist. Jedes Mehr, jeder von bloßer Begehrlichkeit eingegebene Rechtsbruch führt zum Unsegen, entfremdet auch die Patrioten dem Staat ihrer bisherigen Hoffnung und macht die deutschen Völker einig mit ihren Regierungen, wenn sie Schutz bei Oestreich suchen. Jeder Rechtsbruch und schon der jetzt von Manchen erwartete, der noch dazu ein doppelter, eine Verletzung des Legimitätsprinzips und eine Verletzung des demokratischen Prinzips der Selbstbestimmung des Volkes sein würde, jede Annexion, und zunächst die Annexion Schleswig-Holsteins vereitelt die preussische Hegemonie auf lange Jahre und läßt an ihre Stelle für die nächste Zukunft die östreichische Hegemonie treten.

So weit die Vertrauenden, welchen ich mich im Wesentlichen anschließe, und zu denen hier ohne Zweifel die Mehrzahl derer, die über den Horizont ihres Kirchturms hinausblicken, gehören wird. Sicher freilich, sich in der Meinung, daß Herr von Bismarck die Lage der Dinge und die Grenzen seiner Macht in ähnlicher Weise betrachtet, nicht zu täuschen, ist niemand, ein gewisses Mißtrauen bleibt auch bei vorurtheilsfreister Stellung zu Preußen und wird mit jedem Tage des jetzt sich nahenden Zustandes, wo Preußen mit Oestreich allein in den Herzogthümern schaltet, so lange wachsen, bis eine klare und unzweideutige Erklärung erfolgt, was man in Berlin in Betreff der definitiven Gestaltung Schleswig-Holsteins will und für erreichbar hält. Auf ein solches Hervortreten aus dem Zwielficht, in das man sich bisher gestellt, sollte die gesammte Presse im eignen Interesse Preußens nach Kräften hinwirken. Ein solches Hervortreten, dem rasches Handeln, definitive Constituirung des neuen Staates zu folgen hätte, fordern die Zustände unsres Landes, wo Handel und Wandel unter der Ungewißheit leiden, und wo man mit Sehnsucht dem Beginne der vielen nothwendigen Reformen entgegenfieht, welche die Selbständigkeit verheißt. Preußen hat erreicht, was es wünschen konnte. Dem Bunde, den Mittelstaaten ist die rechte Stellung in dieser Sache angewiesen, Preußen wird seine Kriegskosten erhalten, und es wird die von ihm begehrten Zugeständnisse in jedem Augenblick, soweit dies von hier abhängt, bewilligt bekommen, seine Macht wesentlich erweitert sehen. Mit dem Abzug der Bundes- truppen fällt jeder Vorwand zu weiterem Zögern hinweg, wird jedes solche Zögern auch in den Augen der Partei, der ich angehöre, zu ungerechtfertigter und verdächtiger Verschleppung. —